

**ERFOLGSBILANZ**

**Post AG liebäugelt mit Börsegang im April 2006**

Das Restrukturierungsprogramm der österreichischen Post AG läuft laut Post-General Anton Wais „ohne Atempause“ zwar noch bis 2007, einem Börsegang bereits ab April 2006 ist er jedoch nicht abgeneigt. Die Erfolgsbilanz 2004 (siehe Kasten, das WirtschaftsBlatt berichtete gestern) zeige die „Börsefähigkeit“ der Post AG. Die ÖIAG will sich nach einem neuen Postgesetz im September dazu äussern.

Das Ertragsziel eines Betriebsergebnisses in Höhe von fünf Prozent des Umsatzes habe die Post mit der „magischen Zahl“ von 86,6 Millionen € EBIT bereits 2004 übertroffen. Lohnerhöhungen und Marktverluste haben aber jährliche Einsparungen von zusätzlichen 40 bis 50 Millionen € zur Folge, sagt Wais. Deswegen dürfe das Restrukturierungs-

programm des Unternehmens, das zu zwei Dritteln erfüllt sei, „nicht aus den Augen gelassen werden“. Die sogenannte Optimierung des Filialnetzes werde innerhalb der nächsten zehn Tage mit Oberösterreich, Kärnten, und Niederösterreich abgeschlossen. Die anderen Bundesländer, wo insgesamt mehr als ein Dutzend Postämter von der Schliessung verschont bleiben, sind schon über die Bühne.

**Die Sparmassnahmen**

Bis Ende 2007, sagt der für die Filialen zuständige Vorstand Herbert Götz, werde es keine weiteren ähnlichen Massnahmen wie die Schliessung von ursprünglich 357 Postämtern mehr geben. Der Prozess, schlanker und schneller zu werden, schreitet laut Wais „extrem voran“. 2004 ist der Personalstand von 26.995 Vollzeitkräften auf 25.404 gesunken. Heuer sind durch die Eröffnung eines Paketzentrens in Wien-Inzersdorf bereits 1000 Stellen abgebaut worden. 30 Prozent konnten bei den Überstundenentgelten im Vorjahr eingespart werden.

Die Expansion in Südosteuropa – in Bulgarien ist eine Akquisition geplant – erfolgt laut Wais „aus eigener Kraft“. Der Cash Flow aus dem Ergebnis beträgt 238,1 Millionen €. (fg)

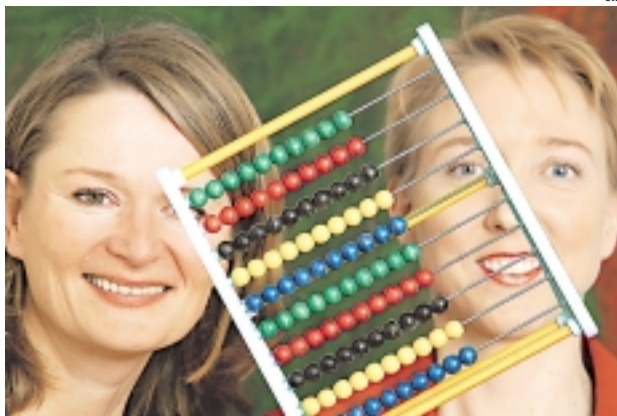
**POST-BILANZ**

Angaben in Millionen €  
2003 2004

Umsatz	1531,7	1597
Betriebsleistung	1602,2	1668,2
EBIT	46,6	86,6
EGT	52,7	61,0
Cash Flow aus Ergebnis	123,7	238,1
Personalaufwand	993,9	984,0

**AKTIONSTAG**

**Finanzämter locken mit „Geld zurück“-Aktion**



Die beiden Steuerexpertinnen Szabo und Schattauer (v.l.) rechnen in ihrem Buch vor, wie man zur Gutschrift kommt

Heute haben Arbeitnehmer zum zweiten Mal die Möglichkeit, sich von Finanzbeamten bei ihrer Arbeitnehmerverantwortung helfen zu lassen. Der letzte Aktionstag wurde von rund 30.000 Steuerpflichtigen in Anspruch genommen. Warum die meisten jedoch noch immer auf ihren Anteil an den jährlich rund 200 Millionen € an zu viel bezahlter Lohnsteuer verzichten, führt die Wiener Steuerberaterin Ingrid Szabo auf die „Scheu vor dem Tabuthema Steuer“ zurück.

**Kein Datenaustausch**

Viele würden aus Angst vor einem Datenaustausch zwischen Behörden keine Veranlagung machen. „Früher ist es vorgekommen, dass jemandem, der eine aussergewöhnliche Belastung auf Grund einer Krankheit beantragt hatte, vom Ver-

kehrsam der Führerschein entzogen wurde. Dieser Datenaustausch darf nicht mehr erfolgen“, sagt Szabo.

Auch die Unwissenheit vieler Steuerpflichtiger führt dazu, dass die zu viel bezahlte Steuer im Staatsäckel bleibt. Viele wüssten nicht, dass ihnen eine Pendlerpauschale oder im Ausendienst eine Vertreterpauschale zusteht. Probleme gibt es auch immer wieder mit atypischen Beschäftigten. Szabo: „Die fühlen sich oft als Dienstnehmer. Es ist ihnen überhaupt nicht bewusst, dass sie in der Steuer Selbstständige sind.“

Die Angst vor einer allfälligen Steuernachzahlung zerstreut die Steuerexpertin Maria Schattauer. Freiwillige Veranlagungen können innerhalb der Rechtsmittelfrist mittels Berufung zurückgezogen werden. (ved)

**KAMPFPREISE** Die ARA setzt die Mitbewerber mit Billig-Tarifen unter Druck

**ARA hat die Kartellhüter am Hals**

Nicht genug, dass seit Monaten die Betriebsprüfer im ARA-System (Altstoff Recycling Austria) ein und aus gehen, bekommt es das Unternehmen nun auch noch mit den Wettbewerbsbehörden. Denn ein Konkurrent der ARA, die Firma EVA, sieht sich durch die ARA in ihrem Geschäft gefährdet. „Die ARA pumpt ihre in den letzten Jahren angehäuften Überschüsse in Tarifsenkungen. Mit diesen Tarifen können nicht einmal mehr die Kosten gedeckt werden“, wirft EVA-Chef Franz Sauseng der ARA vor. Das sei bedenklich, ist

**ZAHL**

**80**  
Millionen €

Überschüssen von 80 Millionen € wurden bis Ende 2004 im ARA-System erwirtschaftet. Der Umsatz wurde vergangenes Jahr von 148,5 auf 151,3 Millionen € gesteigert. 2004 betragen die Lizenzkosten je Tonne 165 €, 2005 sollen sie bei 156 € liegen. Das entspricht einer Halbierung der Kosten seit dem Jahr 1995. Die Zahl der Lizenzpartner liegt bei 13.557.

doch die ARA als Non-Profit-Organisation angelegt. In den vergangenen Jahren wurden aber laut ARA 80 Millionen € an „Zufallsgewinnen“ angehäuft.

ARA-Boss Christian Stiglitz freut sich indes darüber, dass er die Tarife für seine Lizenznehmer in den nächsten Jahren erneut senken kann: „Wir ersparen der Wirtschaft dadurch jährlich fünf Millionen €.“ Heuer soll es für einige Produktgruppen Senkungen bis zu 18 Prozent geben. Auch für 2006 stehen alle Zeichen wieder auf Tarifsenkung.

In der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) möchte man sich zu dem Fall noch nicht äussern: „Wir sind erst am Anfang unserer Ermittlungen.“

Sauseng hofft jedenfalls, dass die BWB die Kampfpolitik der ARA rasch unterbindet. „In den letzten Jahren haben wir klar die Kostenführerschaft gehabt, weil wir viel schlanker sind. Deshalb konnten wir auch viele neue Kunden gewinnen“, sagt Sauseng. Dem Vernehmen nach wollen sich auch andere Mitbewerber der ARA der Beschwerde der EVA anschliessen. (akr)

**IMMOBILIEN** Megavorhaben stösst auf Hürden und verzögert sich

**Stadt Wien pusht ihr Projekt TownTown**

Die Stadt Wien stellt den ersten Grossmieter für ihr mit Soravia in Erdberg betriebenes Büro-Vorhaben: Der Krankenanstaltenverbund (KAV) soll 20.000 Quadratmeter mieten.

Die Stadt Wien versucht jetzt, ihr über die Wiener Stadtwerke mit der Soravia-Gruppe geplantes Immobilienprojekt TownTown zu pushen: Nachdem sich für das in Wien-Erdberg auf 130.000 Quadratmetern geplante Büroviertel bisher noch kein Grossmieter gefunden hat und die monatelangen Standortverhandlungen mit dem Kreditschutzverband (KSV) nicht vorankommen, stellt die Stadt Wien selbst den ersten Grossmieter: Es handelt sich um den Wiener Kranken-

staltenverbund (KAV), der zusammen mit dem Magistrat MA 15 sowie weiteren zum Wiener Gesundheitsressort gehörenden Beteiligungen 20.000 Quadratmeter anmieten soll. Das bestätigten Christian Fertinger, Chef des Beteiligungsmanagements der Wiener Stadtwerke, Wilhelm Mejstrik vom KAV und Erwin Soravia dem WirtschaftsBlatt. Unterschriften ist zwar noch nicht, der Standort sei jedoch „stimmig“, sagt Fertinger.

**Hürden und Deadline**

Hintergrund ist ein Konflikt zwischen Soravia und Stadt Wien. Gerüchten zufolge gab es einerseits Säumnisse bei der grundbücherlichen Eintragung der Grundstücke, sodass kaufwillige Interessenten das Handtuch geschmissen haben sollen. Andererseits soll es Probleme bei der Finanzierung gegeben haben, wobei zuletzt die Stadtwerke den Soravias eine Deadline gesetzt haben sollen. Fertinger weist das zurück, räumt aber ein, dass es „grundbücherliche Hürden“ gegeben habe. Erwin Soravia dementiert auch und sagt: „Die Grundbuch-Probleme sind jetzt gelöst, die Finanzierung steht.“

IRINA FRÜHMANN  
i.fruehmann@wirtschaftsblatt.at



TownTown wartet auf Mieter: In Wien-Erdberg sollen auf 130.000 Quadratmetern Büros entstehen

**IMMOBILIEN** Projektentwicklerin Gilhofer pocht auf Vertrag - SET blockt ab

**Konflikt rund um Brachmühle-Projekt**

Im Hintergrund des Immobilien-Projekts „Brachmühle“ in Wien-Floridsdorf ist ein Streit zwischen dem Verkäufer der Liegenschaft, der SET Projektentwicklung GmbH, und Astrid Gilhofer entbrannt. Grund: Gilhofers Firma CI Projektmanagement hatte von der SET den Auftrag erhalten, einen Käufer für das 30.000 Quadratmeter grosse Grundstück zu finden. „Als alles fertig war, hat es dann aber von der SET geheissen, sie sei nicht mehr verfügungsbe-rechtigt“, sagt Gilhofer.



Astrid Gilhofer: „Habe zwei Kaufinteressenten gebracht“

„Man hat behauptet, ich hätte keinen Investor gebracht. Es gab jedoch zwei Kaufinteressenten, die den Vertrag abschliessen wollten. Der deutsche Investor war nicht zum Spass zehn Mal in Wien.“ Zudem habe sie beim geplanten Einkaufszentrum für 70 Prozent der Fläche Absichtserklärungen von Mietern gehabt. Jetzt geht es um die im Vertrag mit der SET vereinbarte Summe, die Gilhofer nicht nennen möchte. „Ich hoffe auf eine einvernehmliche Lösung, habe aber schon einen Anwalt beauftragt.“

SET-Chef Ferdinand Hager weist alle Vorwürfe von sich:

„Frau Gilhofer hat keinen einzigen unterschiftsreifen Kaufvertrag mit Bankgarantien und Bonitätsnachweis vorgelegt.“ Deshalb sei auch kein Honorar zu bezahlen. Hager: „Ich wüsste nicht, wofür.“ Dass es von Gilhofer Vorvermietungen gegeben habe, sei für ihn „uninteressant“. „Ich wollte nur einen Käufer. Die Mieter haben mich nicht interessiert.“

Am Zug ist jetzt, wie berichtet, Georg Stumpf. Mit ihm seien alle für den Kauf nötigen Vorverträge unterzeichnet. Durch die Ausstufung seiner Option habe Stumpf aber bereits jetzt „alle Rechte“ auf das Grundstück. (mile/frü)